

Die neuen Strompreise sind da

Bis gestern mussten die Elektrizitätswerke ihre neuen Preise veröffentlichen

Der erste April war Stichtag: Die Elektrizitätswerke hätten gestern ihre Tarife für das laufende Jahr veröffentlichen müssen. Doch erst ein Drittel der Unternehmen ist dem nachgekommen.

NIKLAUS MÄDER

Die Elektrizitätskommission und der Bundesrat haben in den letzten Monaten die zulässigen Stromtarife nach unten korrigiert. Bis gestern hatten die Elektrizitätsunternehmen Zeit, ihre Preise entsprechend anzupassen und zu veröffentlichen. Wie viel ist also neu für Strom zu bezahlen?

Die Antwort fällt so unterschiedlich aus, wie es verschiedene Stromunternehmen (762 Werke) und unterschiedliche Bezugsprofile gibt. Regio Energie Solothurn beziffert den durchschnittlichen Preisanstieg etwa mit 8 Prozent, ursprünglich war eine Erhöhung von 12 Prozent vorgesehen. Doch das gilt nicht für alle Stromkonsumenten. Die Bewohner einer 4-Zimmer-Wohnung mit einem jährlichen Stromverbrauch von 2500 kWh bezahlen neu Fr. 612.40 und sparen damit sogar Fr. 26.- oder 4 Prozent der Stromkosten.

Die Regionalwerke Baden gehen sogar davon aus, dass ihre Preise in diesem Jahr im Durchschnitt um 1 bis 2 Prozent gesunken sind. Positiv auch der Schritt der Stadt Zofingen: Sie hat ihre Konzessionsgebühr um 25 Prozent gekürzt, um die Konjunktur anzukurbeln. Ein Haushalt mit einem Verbrauch von 3000 kWh spart jährlich Fr. 52.60 oder 4,7 Prozent.

Strombehörde gibt sich geduldig

Doch von vielen Unternehmen ist noch gar nicht bekannt, wie hoch ihre Tarife für dieses Jahr tatsächlich ausfallen. Um die Übersicht zu erleichtern, sieht das Gesetz zwar vor, dass die Netzbetreiber ihre Tarife unter einer einzigen Internetadresse publizieren. Die entsprechende Website führt der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) unter www.strom.ch.

Update

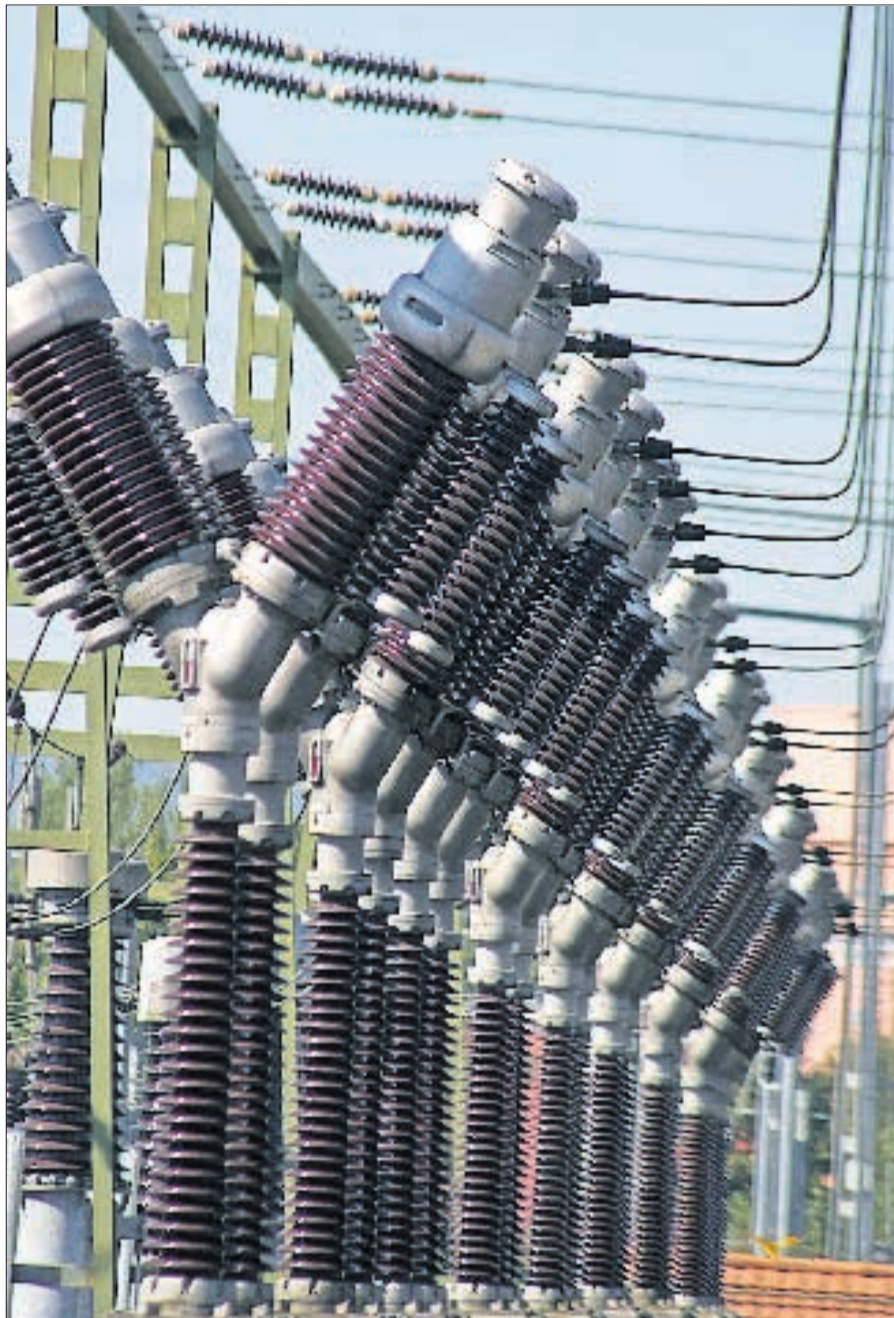
STROMPREIS Gestützt auf das neue Stromversorgungsgesetz kündeten zahlreiche Elektrizitätswerke im Herbst massive Preiserhöhungen an. Ein Proteststurm brach los. Im Dezember passte der Bundesrat die Verordnung an, um den Preisschock zu dämpfen. Im März kürzt die Aufsichtsbehörde Elcom zudem die Tarife im Hochspannungsnetz. Die Stromwerke hatten bis gestern Zeit, ihre Tarife entsprechend anzupassen. (NME)

strom.ch. Doch erst etwas über einen Drittel der Stromversorger seien bisher ihrer Pflicht nachgekommen und hätten die modifizierten Tarife gemeldet, wie der VSE berichtet. Schuld für die Verzögerung sei, dass die Stromaufsichtsbehörde Elcom über die Tarife im Höchstspannungsnetz erst am 9. März entschieden hat. Diese Tarife brauchen die übrigen Netzbetreiber, um ihre Preise zu kalkulieren.

Was geschieht nun mit säumigen Unternehmen? Die Stromaufsichtsbehörde gibt sich kulant. Elcom-Präsident Carlo Schmid hat angekündigt, seine Kommission habe Verständnis für Verzögerungen – vor allem bei kleinen Unternehmen. Die Preise müssten aber innert nützlicher Frist angepasst und veröffentlicht werden, sprich im Lauf dieses Monats.

Intransparenz stark verbreitet

Doch verspätete Meldungen sind nur ein Versäumnis. Zahlreiche Stromwerke orientieren äusserst umständlich über ihre Tarife. So etwa die Regionalwerke Baden. Diese weisen auf einem Tarifblatt das Entgelt für die Beanspruchung des Stromnetzes aus. Der Preis für den Strom als solchen ist auf einem anderen Tarifblatt aufgeführt. Zudem fällt ein Rattenschwanz an Zuschlägen an, nicht einmal die Mehrwertsteuer ist enthalten. Um sich ein Bild zu machen, muss der Verbraucher daher die Tarife für Netznutzung und Stromlieferung zusammenzählen, die Abgaben



TRANSFORMATOREN Teilweise wenig transparente Angaben zu den Strompreisen. EX-PRESS

und Zuschläge addieren und darauf die Mehrwertsteuer von 7,6 Prozent schlagen. Die Höhe der Konzessionsabgabe an die Gemeinde ist erst gar nicht beziffert.

Das sei nicht die Transparenz, die das neue Gesetz beabsichtige, heisst es vonseiten der Elcom. Die Behörde verspricht Abhilfe und er-

arbeitet zurzeit eine Datenbank. Sie soll im Sommer bereitstehen und für die Stromtarife 2010 erstmals Klarheit schaffen. Der Preisüberwacher will zudem seinen Vergleich der Strompreise anhand von Modellgruppen aktualisieren. Den Stromkonsumenten wäre eine grössere Transparenz zu gönnen.

Gisler



MARKUS GISLER

Das Wichtigste lassen die G-20 aus

IN LONDON IST grosser Showdown. Wir werden Bilder sehen, die sich vor allem für die Regenbogenpresse eignen: Die 20 wichtigsten Regierungschefs bei der Queen, die Sitzordnung, der Dresscode, Gruppenbilder fürs Geschichtsbuch. Showtime allemal. Doch die grundätzlichste aller Fragen, nämlich eine dauerhafte neue Finanzordnung, wird nicht diskutiert. Vielmehr übt man sich in Symptombekämpfung, die zwar wichtig ist, aber keine neue Ordnung schafft. Einigen wird man sich über Fragen der Aufsicht: In den vergangenen Monaten haben Arbeitsgruppen Regelwerke ausgearbeitet, die es abzusegnen gilt. So präsierte etwa der Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, eine Gruppe, die sich mit der Entlohnung von Managern befasst. Ähnliche Gruppen sind für Hedge Funds, für Rating-Agenturen oder für Investment Banks geschaffen worden. So weit, so gut, doch letztlich sind dies nur Reaktionen auf die Krise, dazu angetan, Ähnliches künftig zu vermeiden.

VIEL ENTSCHIEDENDER wäre die Frage: Wie kommt Vertrauen in die Finanzmärkte zurück? Was muss getan werden, damit das fast epidemisch um sich greifende, weltweite Sparen zumindest teilweise aufhört? Was animiert Firmen, wieder zu investieren? Die Amerikaner fordern Ankurbelungsprogramme. Sie wollen, dass der Rest der Welt mitzieht. Doch besonders Angela Merkel – aber im Wesentlichen die ganze EU – hält wenig von massiver zusätzlicher Staatsverschuldung. Zum einen belasten noch grössere Schuldenberge künftige Generationen, die dann vor allem Steuern zahlen, um Schulden zu bedienen. Und weil nach Island, Irland oder Litauen plötzlich klar geworden ist, dass auch Staaten pleitegehen können, fällt der Privatsektor als Geldquelle weitgehend aus, was die Zentralbanken zwingen würde, neue Staatsschulden mit der Notenpresse zu finanzieren. Zur überhöhten Verschuldung käme damit noch die Gefahr der Hyperinflation beziehungsweise der Geldentwertung.

DIE WEIGERUNG DER EU-STAATEN, sich weiter massiv zu verschulden, hat einen unangenehmen Nebeneffekt: Wenn keine zusätzlichen Staatsaufträge den Bestellsausfall kompensieren, droht hohe Arbeitslosigkeit. Diese kann sich Europa noch eher leisten als die USA, weil hier die Sozialwerke zwei bis drei Jahre lang für Umverteilung sorgen, während in den USA die Arbeitslosen buchstäblich auf dem Zeltplatz enden.

WAS ALSO WÄRE VORRANGIG zu diskutieren? Die Welt braucht ein neues Gleichgewicht. Dazu ist ein neues Finanzsystem nötig. Das alte, an den Dollar gebundene hat ausgedient. Die US-Währung wird sich nicht mehr sehr lange als Leitwährung eignen, weil die Finanzkraft der USA förmlich zusammengebrochen ist. Ökonomen sehen die Ungleichgewichte zwischen den grossen Volkswirtschaften als Hauptgrund der Krise: Hier das defizitäre Amerika sowie der Südgürtel der EU und viele Länder der südlichen Hemisphäre, also Staaten mit massiven Zahlungsbilanzdefiziten. Auf der andern Seite die Überschussländer wie China, Indien, Taiwan, Deutschland (und die Schweiz). Solange es Länder gibt, die permanent auf Pump leben, und andere, die ihr Geld hauptsächlich aus dem Export erwirtschaften, sind Verwerfungen programmiert. Schulden und Überschüsse liessen sich mit einer ausgleichenden Reservewährung einigermassen korrigieren. China hat deshalb vorgeschlagen, die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds massiv auszubauen. Das würde die Welt zwar auf den Kopf stellen, aber für Besserung sorgen. Doch für solche Diskussionen bleibt heute in London keine Zeit. Da sind Fototerminer mit der Queen wichtiger.

wirtschaft@azag.ch

Nationale Suisse mit Gewinnrückgang

Versicherungsgruppe schreibt das zweitbeste Konzernergebnis in ihrer Geschichte

Die Versicherungsgruppe Nationale Suisse hat das Krisenjahr 2008 vergleichsweise gut überstanden und das zweitbeste Konzernergebnis ihrer Geschichte ausgewiesen.

Die schwergewichtig im Nichtlebensgeschäft und in Nischen tätige Nationale Suisse wies am Mittwoch einen Reingewinn von 73,7 Millionen Franken aus. Die Gruppe hat damit in ihrem Ju-

biläumsjahr 2008 zum 125-jährigen Bestehen 16,4 Prozent weniger Gewinn gemacht als im Vorjahr, als sie einen Rekordgewinn von 88,2 Millionen Franken ausgewiesen hatte. Unter Ausklammerung von Sonderfaktoren wird der Gewinnrückgang auf 5,2 Prozent beziffert.

Die Bruttoprämieneinnahmen sanken im Vorjahresvergleich um 10,6 Prozent auf 1,67 Milliarden Franken, was vor allem auf den Verkauf der

französischen Tochtergesellschaft zurückgeführt wird. Der Schaden-Kosten-Satz im Nichtlebensgeschäft verbesserte sich um 4,2 Prozentpunkte auf 97,7 Prozent.

Wegen der schwierigen Verhältnisse an den Finanzmärkten wurden auf den Kapitalanlagen Abschreibungen von 197,3 Millionen Franken vorgenommen und Verluste aus Veräusserungen in der Höhe von 82,2 Millionen Franken verbucht.

Der Ausblick auf das neue Geschäftsjahr bleibt vorsichtig. Zu unsicher seien die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft und zu unklar die noch zu erwartenden staatlichen Interventionen, hält Verwaltungsratspräsident René Theler fest. An der Bilanzmedienkonferenz wurde aber darauf hingewiesen, dass der wirtschaftliche Abschwung die Profitabilität und das Volumenwachstum beeinträchtigen werde. (AP)

Nachrichten

Caparros neuer Vögele-Präsident

Der Franzose Alain Caparros, Chef des deutschen Handelsriesen Rewe, ist neuer Verwaltungsratspräsident der Schwyzer Modekette Charles Vögele. Zum neuen Vizepräsidenten des noch vierköpfigen Gremiums wurde im Nachgang zur ordentlichen Aktionärsversammlung Hans Ziegler ernannt. Anfang März hatte sich eine Gruppe oppositioneller Anleger, darunter der Hedge Fund Laxey sowie Investor Tito Tettamanti, gegen die Wiederwahl von Präsident Bernd Bothe und Vizepräsident Felix Ehrat ausgesprochen. In der Folge nahmen Bothe und Ehrat den Hut. (RM)

Elektroschrott 2008 mehr als 50 000 Tonnen

Swico Recycling hat im letzten Jahr 50 753 Tonnen ausgediente Elektro- und Elektronikgeräte gesammelt, 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Am meisten zu genommen hat das Recycling von LCD (plus 97,8 Prozent) und Laptops (plus 62,7 Prozent). Unbefriedigend ist dagegen der Rücklauf der ausgedienten Handys. Von jährlich 1,72 Millionen verkauften PC gelangten 85 Prozent zu den Abgabestellen, von jährlich 2,8 Millionen verkauften Handys dagegen nur gerade 15 Prozent. (AP)

Erb-Konkurs Forderungen von 531 Millionen zugelassen

Die Konkursverwalter haben nach dem Zusammenbruch der Winterthurer Erb-Gruppe Forderungen im Umfang von knapp 531 Millionen Franken zugelassen. Davon handelt es sich bei knapp 222 000 Franken um privilegierte Forderungen erster Klasse, wie die Sachwalterin Transliq AG mitteilte. Den grössten Teil machen mit rund 530 Millionen Franken drittklassige Forderungen aus. Laut Transliq waren Forderungen von 3,6 Milliarden Franken angemeldet worden. Die grosse Differenz zwischen den angemeldeten und zugelassenen Forderungen ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene Gläubiger Forderungen aufgrund von Patronatserklärungen angemeldet haben. (AP)

Basler Versicherung strafft Strukturen

Die Basler Versicherungen straffen ihre Vertriebsorganisation. Statt wie bisher drei gibt es neu nur noch zwei Vertriebsdirektionen in Zürich und Lausanne, denen die Generalagenturen unterstellt sind. Die Vertriebsdirektion und das Brokercenter in Bern werden aufgehoben. Stellen werden nicht abgebaut. Mit der Straffung soll der Vertrieb administrativ entlastet werden. Generalagenten und Kundenberater könnten sich damit noch stärker auf die Betreuung der Kunden konzentrieren. (MZ)